

Bericht der Bundesregierung über den G7-Gipfel in Charlevoix/ Kanada vom 8. bis 9. Juni 2018

Vom 8. bis 9. Juni 2018 trafen sich die G7-Staats- und Regierungschefs in Charlevoix/Kanada zum diesjährigen G7-Gipfel. Es wurden insb. die Themen Weltwirtschaft, Handel, Außenpolitik, Klima, Energie und der Schutz der Meere sowie Fragen der Gleichstellung der Geschlechter diskutiert.

Die G7-Staats- und Regierungschefs verabschiedeten eine gemeinsame Gipfelerklärung, die Vereinbarungen zu den zentralen Themen enthält. US-Präsident Trump hatte nachträglich seine Zustimmung zur G7-Gipfelerklärung widerrufen. Die Bundesregierung steht weiterhin zu der gemeinsamen Gipfelerklärung, wie sie im Geist des Konsenses ausgehandelt und von allen genehmigt wurde.

In der Gipfelerklärung bekennt die G7 sich zur regelbasierten globalen Ordnung auf der Grundlage der gemeinsamen Werte der G7 von Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte.

Die G7 bekräftigte die Ergebnisse des G20-Gipfels 2017 in Hamburg zum Thema Handel und insbes. das Bekenntnis zu einem regelbasierten internationalen Handelssystem und gegen Protektionismus, wofür sich die Bundesregierung in den Verhandlungen intensiv eingesetzt hatte. Die G7 sprach sich für eine Reform der Welt handelsorganisation aus mit dem Ziel, diese zu modernisieren. Sie ruft alle Mitglieder des Globalen Forums zum Abbau von Stahl-Überkapazitäten auf, die unter deutscher G20-Präsidentschaft 2017 verabschiedeten Empfehlungen umzusetzen.

Die G7 betonte die gemeinsame Verantwortung, zur Förderung eines Wirtschaftswachstums zusammenzuarbeiten, das allen zugutekommt und bekräftigt ihre Entschlossenheit, hinsichtlich der Vorbereitung aller Bürger auf die Arbeitsplätze der Zukunft zusammenzuarbeiten. Die G7 verabschiedete eine Vision zur Zukunft der Künstlichen Intelligenz, um die Vorteile dieser zu nutzen.

Die G7 ist entschlossen, abgestimmt zu handeln, um die Demokratie vor Bedrohungen aus dem Ausland zu schützen. Sie sprach sich für die Stärkung der politischen Prozesse zur Lösung des Konflikts in Syrien aus, unterstützte das Normandie-Format zur Ukraine und hielt gemeinsame Positionen zu Iran und Nordkorea fest.

Die Bundesregierung hat den Ansatz der kanadischen Präsidentschaft ausdrücklich unterstützt, geschlechter- und gleichstellungspolitische Fragen in allen Themenbereichen der Agenda zu verankern. Unter anderem verabschiedete die G7 ein Bekenntnis zur Beendigung von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt in Online-Medien und beschloss eine Initiative für die Bildung von heranwachsenden Mädchen und Frauen in Entwicklungsländern.

Mit Blick auf die internationale Klimapolitik hebt die G7 positiv hervor, das Regelwerk von Paris auf der 24. Vertragsstaatenkonferenz der VN über Klimaänderungen (COP24) zu finalisieren. Die Bundesregierung hat gemeinsam mit Kanada, Japan und den europäischen G7-Partnern – wie auch beim G20-Gipfel in Hamburg – ihr Festhalten an der Umsetzung des Paris-Abkommens durch ehrgeizige Klimapolitik bekräftigt. Die G7 setzt sich für gesunde Ozeane und Meere sowie widerstandsfähige Küsten und Küstengemeinschaften ein und verpflichtet sich in der Charta zur Bekämpfung von Plastik im Meer zudem, einen verantwortungsvollen Umgang mit Plastik zu verfolgen, um ein ressourcenschonenderes und nachhaltigeres Plastikmanagement zu erreichen.

Präsident Macron lud für den nächsten G7-Gipfel im Jahr 2019 nach Frankreich ein.

Handel

Die Bundesregierung hat sich – in enger Abstimmung mit den europäischen Partnern – in Charlevoix nachdrücklich für ein deutliches Bekenntnis der G7 zum Freihandel und die Bekräftigung der Beschlüsse der G20 im Bereich Handel vom Gipfel 2017 in Hamburg eingesetzt. Es ist vor dem Hintergrund der intensiven Diskussion zu dieser Frage und der aktuellen handelspolitischen Entwicklungen positiv hervorzuheben, dass die G7 ihre Verpflichtung auf das regelbasierte internationale Handelssystem und die Bekämpfung von Protektionismus nachdrücklich bekräftigt hat. Desweiteren hat sich die G7 zur Reform der Welthandelsorganisation bekannt, um diese moderner zu machen. Die Bundesregierung unterstützt zudem ausdrücklich das gemeinsame Bekenntnis der G7 zum Abbau von Zöllen, nicht-tarifären Handelshemmnissen und Subventionen.

Um wahrhaft gleiche Wettbewerbsbedingungen zu fördern, forderte die G7 unter anderem, dass noch in diesem Jahr Verhandlungen aufgenommen werden zur Entwicklung stärkerer, internationaler Regeln, um marktverzerrenden Industriesubventionen und handelsverzerrenden Maßnahmen durch Staatsunternehmen zu begegnen. Positiv zu bewerten ist der Aufruf der G7, baldmöglichst im Jahr 2019 ein neues Leitlinienpaket für öffentlich geförderte Exportkredite auszuarbeiten. Die G7 hat zudem zum Abbau der weltweiten Überkapazitäten in der Stahlindustrie alle Mitglieder des hierzu eingerichteten Globalen Forums aufgerufen, die unter deutscher G20-Präsidentschaft 2017 verabschiedeten Empfehlungen schnell und vollständig umzusetzen. Die Bundesregierung hatte sich im Vorfeld intensiv für eine Stärkung dieses multilateralen Ansatzes eingesetzt und unterstützt das von der G7 betonte Ziel, Überkapazitäten auch in anderen Bereichen wie Aluminium und Hochtechnologie anzugehen.

Weltwirtschaft, inklusives Wachstum und Zukunft der Arbeit

Die G7 betonte die gemeinsame Verantwortung, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu fördern, das allen zugute kommt. Sie würdigte die Verbesserung der weltweiten Konjunkturbedingungen, betonte aber, dass bisher zu wenige Menschen davon profitiert haben. Mit dem gemeinsamen *Bekenntnis von Charlevoix zu Gleichstellung und Wirtschaftswachstum* erkannte die G7 unter anderem an, dass es wichtig ist, neben der Wirtschaftsleistung auch andere Indikatoren zur Messung von

Wohlstand und Wohlbefinden zu prüfen. Die Bundesregierung blickt einem fortgesetztem Austausch zu diesen Fragen in der G7 erwartungsvoll entgegen.

Um die Vorteile Künstlicher Intelligenz (KI) zu nutzen, billigte die G7 die *Gemeinsame Vision von Charlevoix für die Zukunft der Künstlichen Intelligenz*. Diese betont eine auf den Menschen ausgerichtete, ethische Ansätze berücksichtigende Herangehensweise an KI, für die sich Deutschland stark einsetzt. Die Vision enthält die Zielsetzung, durch KI gesellschaftlichen Nutzen zu bringen und insbesondere neue Quellen wirtschaftlichen Wachstums zu erschließen. Die Diskussion drehte sich dabei u.a. um die Frage, wie der Verunsicherung vieler Menschen angesichts des Tempos der umfassenden Digitalisierung und den damit einhergehenden globalen Veränderungen Rechnung getragen, gleichzeitig jedoch der durch Einsatz neuer technologischer Mittel erwartbare Fortschritt weiter befördert werden kann.

Die G7 verabschiedete das *Bekanntnis von Charlevoix zu innovativer Entwicklungsfinanzierung*, in dem sich die G7-Staaten dazu verpflichten, eine Führungsrolle bei der Förderung innovativer Finanzierungsmöglichkeiten für die internationale Entwicklung einzunehmen. Die Bundesregierung hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass dabei auf die Agenda 2030 Bezug genommen wird.

Die G7 verpflichtete sich, starke und zukunftsfähige Gesundheitssysteme zu unterstützen, und erkannte die zentrale Rolle der WHO bei Krisenfällen im Gesundheitsbereich an. Die G7-Staaten bekräftigten ihre Absicht, ihre weltweiten Bemühungen zur Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen in dem "Eine Gesundheit"-Konzept zu koordinieren, sowie Tuberkulose und Polio zu beseitigen und den Übergang in eine poliofreie Welt sinnvoll zu gestalten. Weiterhin bestätigten sie ihre Unterstützung für eine erfolgreiche Wiederauffüllung des Globalen Fonds im Jahr 2019.

Außenpolitische Themen

Die G7 betonte eine gemeinsame Verantwortung für die Schaffung einer friedlicheren und sichereren Welt sowie die Notwendigkeit der Achtung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Chancengleichheit. Sie stellte dabei auch geschlechtersensible Maßnahmen heraus, die der Teilhabe und den Ansichten von Frauen zur Verhütung und Ausmerzung des Terrorismus Rechnung tragen.

Im *Bekenntnis von Charlevoix zum Schutz der Demokratie vor Bedrohungen* aus dem Ausland verpflichtete sich die G7, abgestimmt zu handeln, um Akteuren entgegenzutreten, die die demokratischen Gesellschaften und Institutionen zu untergraben versuchen. Die G7 bekannte sich u.a. dazu, hierzu einen Mechanismus zur schnellen Reaktion der G7-Staaten (G7 Rapid Response Mechanism) einzurichten.

Sie riefen Nordkorea auf, vollständig, nachprüfbar und unwiderruflich die Gesamtheit seiner Massenvernichtungswaffen und ballistischen Flugkörper zu zerstören, die damit verbundenen Programme einzustellen und die entsprechenden Anlagen abzubauen.

Die G7 rief Russland dringend auf, sein destabilisierendes Verhalten zur Untergrabung demokratischer Systeme sowie seine Unterstützung für das syrische Regime einzustellen. Dabei verurteilten sie den Angriff mit militärisch einsetzbarem Nervengas im britischen Salisbury. Die G7 verurteilte zudem die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und bekräftigten ihre Unterstützung für die Souveränität, die Unabhängigkeit und die territoriale Unversehrtheit der Ukraine. Die Staats- und Regierungschefs der G7 unterstrichen, auch weitere einschränkende Maßnahmen zu ergreifen, um die Kosten für Russland zu erhöhen, sollten seine Handlungen dies erforderlich machen. Dennoch werde die G7 den Dialog mit Russland zur Bewältigung regionaler Krisen und globaler Herausforderungen fortsetzen.

Mit Blick auf Syrien verurteilte die G7 den Einsatz chemischer Waffen durch das syrische Regime und durch Daesh und forderte eine glaubwürdige, inklusive und nicht konfessionell geprägte politische Führung in Syrien, herbeigeführt durch freie und faire Wahlen.

Sie forderte den Iran auf, den Abschuss ballistischer Flugkörper und alle anderen Aktivitäten zu unterlassen, die unvereinbar mit der Resolution 2231 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen - einschließlich aller Anlagen - sind und sich destabilisierend auf die Region auswirken, und die Verbreitung von Raketentechnologie einzustellen. Sie verpflichtete sich, dauerhaft zu gewährleisten, dass Irans Atomprogramm friedlich bleibt und im Einklang steht mit seinen internationalen Verpflichtungen und Zusagen, niemals Kernwaffen anzustreben, zu entwickeln oder zu erwerben.

Die G7 betonte die hohe Priorität von Sicherheit, Stabilität und nachhaltiger Entwicklung Afrikas und bekräftigte die Unterstützung für von Afrika getragene Initiativen. Die Bundesregierung hatte sich hierfür auch vor dem Hintergrund der im vergangenen Jahr unter deutschem G20-Vorsitz initiierten "Compact with Africa"-Initiative intensiv eingesetzt.

Gleichstellung der Geschlechter und Teilhabe von Frauen

Die G7 betonte, dass die Gleichstellung der Geschlechter von grundlegender Bedeutung für die Verwirklichung der Menschenrechte ist und hohe Priorität genießt. Die vollständige wirtschaftliche Teilhabe von Frauen sollte gefördert werden. Dazu werde man zusammenarbeiten, um das Unternehmertum von Frauen zu fördern und die geschlechterbedingte Lohnlücke zu verringern. Ein besonderes Augenmerk galt der unbezahlten häusliche Pflege. Zudem verabschiedete die G7 u.a. die *Erklärung von Charlevoix über hochwertige Bildung für Mädchen, heranwachsende Mädchen und Frauen in Entwicklungsländern*, in der sich die G7-Staaten dazu bekennen, die Möglichkeiten für eine mindestens zwölfjährige sichere und hochwertige Bildung für alle Menschen zu verbessern und Hindernisse im Bereich hochwertiger Bildung für Mädchen und Frauen abzubauen. Die kanadische G7-Präsidentschaft startete eine Initiative zur finanziellen Förderung der Bildung von Mädchen und Frauen in Entwicklungsländern. Die Bundesregierung wird sich mit 75 Mio. USD für 2018 daran beteiligen.

Weiterhin verabschiedete die G7 das *Bekennnis von Charlevoix zur Beendigung von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, Misshandlung und Belästigung in digitalen Kontexten*. Sie bekräftigte ihre Absicht, durch verschiedene Maßnahmen dazu beizutragen, alle Formen sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt zu beenden.

Klimaschutz, Meere und Energie

Die G7 hob die wirtschaftlichen Chancen einer globalen Transformation des Energiesektors und sauberer Technologien für Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen hervor. Sie verpflichtete sich, Maßnahmen zur Stärkung der Energiesicherheit zu ergreifen und eine Führungsrolle zu übernehmen, um sicherzustellen, dass ihre Energiesysteme sich weiterhin förderlich auf ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum auswirken. Die G7 sehen der Annahme eines gemeinsamen Leitlinienpakets auf der 24. Vertragsstaatenkonferenz des Rahmenübereinkommens der VN

über Klimaänderungen (COP 24) erwartungsvoll entgegen. Alle Staats- und Regierungschefs der G7 sind dem Ziel verpflichtet, sich für eine saubere Umwelt, saubere Luft und sauberes Wasser einzusetzen.

Die G7 konnte sich wegen des Vorbehalts der USA zum Paris-Übereinkommen nicht auf eine einheitliche Linie beim Klimaschutz einigen. Die G7 (ohne USA) bekräftigte ihre feste Entschlossenheit zur Umsetzung des Übereinkommens von Paris. Auch die Bundesregierung hat sich sehr nachdrücklich dazu bekannt. Mit Blick auf die Zielsetzung, die Luft- und Gewässerverschmutzung sowie ihre Treibhausgasemissionen zu reduzieren, hob die Gruppe u.a. die Bedeutung von marktbasierten Ansätzen insbes. der Bepreisung von Kohlenstoff-Emissionen hervor.

Die USA unterstrichen ihr Streben danach, eng mit anderen Ländern zusammenzuarbeiten, um ihnen dabei zu helfen, fossile Brennstoffe sauberer und effizienter zu gewinnen und zu nutzen sowie erneuerbare und andere saubere Energiequellen einzusetzen.

Die G7 hat das *Konzept von Charlevoix für gesunde Ozeane und Meere sowie widerstandsfähige Küstengemeinschaften* gebilligt. Darin beschließt die G7, das Wissen über die Meere zu vertiefen, nachhaltige Meere und nachhaltige Fischerei zu fördern, widerstandsfähige Küsten und Küstengemeinschaften zu unterstützen und den Plastikmüll in Meeren sowie die Meeresvermüllung anzugehen. Die Staats- und Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Kanadas und des Vereinigten Königreichs sowie die Vertreter der Europäischen Union billigten zudem die *G7-Charta zur Bekämpfung von Plastik im Meer*, in der sie sich verpflichten, einen verantwortungsvollen Ansatz mit Plastik an Land und zu Wasser zu verfolgen, um ein ressourcenschonenderes und nachhaltigeres Plastikmanagement zu erreichen. Dabei soll der gesamte Lebenszyklus von Plastik in den Blick genommen werden. Konkrete Ziele der Charta sind u.a., dass bis 2030 zu 100 % nur noch wiederverwendbare, recycelbare oder energetisch verwertbare Kunststoffprodukte verwendet und ab 2040 100 % der Kunststoffe verwertet werden sollen. Außerdem soll der Einsatz von Mikroplastik-Kügelchen in Kosmetika und anderen Konsumgütern bis 2030 so weit wie möglich reduziert werden. Deutschland hatte 2015 unter eigenem Vorsitz die Themen Meeresmüll und Ressourceneffizienz in die G7 eingeführt und die kanadischen Bemühungen für die Verabschiedung dieser Charta nachdrücklich unterstützt.